

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Karsten Hilse, Steffen Kotré,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/9505 –**

Abschaffung der CO₂-Bepreisung statt Erhöhung zum 1. Januar 2024

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert, CO₂-Bepreisungen und entsprechende Grenzausgleichsmechanismen verlagerten durch hiesige Verteuerung die Nachfrage beziehungsweise die Produktion vor allem in die aufstrebenden Schwellenländer, sodass der CO₂-Ausstoß weltweit insgesamt nicht sinke. Eine Absenkung des Brennstoffverbrauchs (z. B. in Bezug auf Gebäudeheizungen) sei kaum noch möglich, da die hohen Energiekosten zur Ausschöpfung von Einsparpotentialen bei den Verbrauchern führten. Die zusätzliche CO₂-Bepreisung verschärfe die Energiekostensituation in erheblichem Maße.

Die Fraktion wolle die Bundesregierung daher auffordern, das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) und das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) schnellstmöglich vollständig und ersatzlos zu streichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/9505 abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Geschäftsführender Vorsitzender

Olaf in der Beek
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Olaf in der Beek

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/9505** wurde in der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. November 2023 beraten und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD möchte die Bundesregierung dazu auffordern, das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) und das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) schnellstmöglich vollständig und ersatzlos zu streichen sowie die Umsetzung aller entsprechenden EU-Verordnungen und Richtlinien sowie damit verbundener Regulierungen wie den CO₂-Grenzausgleich sofort zu beenden.

Die Fraktion führt aus, der Treibhausgas-Emissionshandel und die Bepreisung nach dem BEHG werde die deutsche Wirtschaft allein 2024 fast 19 Milliarden Euro kosten, wobei die Bepreisung noch erheblich steigen solle. Eine Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde daher, ab dem Jahr 2027 substanziell, Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben.

Die Fraktion kritisiert, die CO₂-Bepreisung in der EU sei in Bezug auf die weltweiten Emissionen praktisch wirkungslos. Das nicht betroffene Ausland werde kaum angereizt, seine Emissionen zu senken. Vielmehr sollten, sobald sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland wieder normalisiert hätten, Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden, die Deutschland für Notsituationen und Naturkatastrophen besser vorbereiten. Die aufzuwendenden Gelder seien geringer und würden erst dann anfallen, wenn die Situation sich absehbar zum Schlechteren verändern würde.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9505 in seiner 74. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9505 in seiner 71. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9505 in seiner 65. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9505 in seiner 63. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/9505 in seiner 59. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/9505 in seiner 60. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/9505 in seiner 91. Sitzung am 13. Dezember 2023 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/9505 zu empfehlen.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Olaf in der Beek
Berichtersteller